

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 400.— M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungsanzeigen 160.— M. Kleine Anzeigen per Wort 25.— M. — Multimedienpreis: Die Millimeterzeile 4 gespaltelt über deren Raum im Text 900.— M.

Donnerstag, den 5. Juli 1923.

Abonnementspreis: Durch Vorabnahme 600.— M. pro Woche. Durch die Post 600.— M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition: Breslau, Tuchergasse 50. — Postfach 1010. — Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

Im Kampf ums Brot

Der Streit der Berliner Metallarbeiter

Berlin, 5. Juli.

Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes besteht auf einer nochmaligen Abstimmung über den Schiedspruch, den die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter fast einstimmig zu rückgeben haben. Die Abstimmung ist vom Metallrat bereits angeordnet und findet am heutigen Donnerstag statt. Bei der erregten Stimmung, die unter den Berliner Metallarbeitern herrscht, bei der Hartnäckigkeit, mit der die Unternehmer an schandbaren Hungerlöhnen festhalten, ist mit einem Streit zu rechnen. Zahlreiche Belegschaften und Betriebe stehen bereits in passiver Resistenz oder im Streit.

Not, bittere Not war der Schreier der Berliner Metallarbeiter. Durch Nachgeben, durch Bescheidenheit, durch Treue zur Arbeitsgemeinschaft und durch blindes Vertrauen auf den reformistischen Führer weiße Zureden sind die Metallarbeiter in eine verzweifelte wirtschaftliche Lage hineingeraten. Das Kapital glaubte sie so zermürbt, daß man in Berlin bei den Metallarbeitern unter der Lohnpresse die Lebenshaltung des Proletariats noch weiter verschlechtern könne. Doch die Schamlosigkeit der Führer hatte sich auf die Arbeiter noch nicht vollständig übertragen. Zu Widerstand rafften sie sich auf, lehnten ein freches, höhnisches Angebot der Unternehmer ab. Sie durchkreuzten auch eine versuchte Schiedung, mit der die Metallarbeiter, trotz der Abstimmung, betrogen werden sollten. Am Dienstag hatten die Funktionäre der Metallarbeiter erneut das Wort. Sie sprachen deutlich. Endlich müssen auch die Gewerkschaftsbürokraten diese Sprache verstehen. Man lehnte eine neue Abstimmung, ja man lehnte sogar eine Diskussion über das aus dem Verhandlungstrichter herausdestillierte „Vermittlungsangebot“ fast einstimmig ab.

Das Unternehmertum fühlt sich stark. Kein Wunder, konnte es sich doch bei all seinen Maßnahmen bisher vollständig auf die treue hingebende Mitarbeit der Gewerkschaftsbürokratie verlassen. Fast hündisch war die Dienstwilligkeit der Bürokratie nach kapitalistischem Gebot. Und nun schwingt der Herr die Peitsche. Die Gewerkschaftsbürokratie winkelt um wertbeständige Löhne. Nicht um die Existenz der Arbeiter zu sichern. Die „wertbeständigen Löhne“ sind ja nur als Leinwand gedacht. Die Arbeiter sollen daran kleben, sollen vom Kampf abgehalten werden. Man möchte das Kapital vor Beunruhigung bewahren. Aber der Herr ist ungnädig. Er verbrügelt die Winkselnden. Am Dienstag sollten im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Frage der wertbeständigen Löhne stattfinden. Die Herren Unternehmer geruhten jedoch dem Ministerium mitzuteilen: für Verhandlungen mit Gewerkschaftsvertretern haben wir keine Zeit.

Die Essener Metallarbeiter gegen den Faschismus

Die Funktionärversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Essen, die am 27. Juni tagte und außerordentlich gut besucht war, nahm eine Entschliessung an, in der auf die immer größer werdende Gefahr des deutschen Faschismus hingewiesen wird. Mit Entschiedenheit wird von dem auf die sozialdemokratische Zeitung in Münster verübten Attentat Remerkis genommen. Es heißt dann wörtlich:

Die Metallarbeiter-Funktionärversammlung fordert deshalb von den Sozialdemokraten und dem preussischen Innenminister Regierung die sofortige Zurücknahme des Verbots der proletarischen Gewerkschaften, da nur diese Organe des proletarischen Ab-

weframpfes der Arbeiterschaft die Garantie genügenden Schutzes geben können. Weiter in fordern wir das sofortige Verbot aller konterrevolutionären Organisationen und Verhaftung sowie strengste Bestrafung aller ihrer Führer.

Es ist klar, daß dieser Appell an die Sozialdemokratischen Führer vollkommen erfolglos sein wird. So erfreulich die Erkenntnis der Essener Metallarbeiter ist, über die Gefahr der faschistischen Gefahr, so dringend notwendig ist der gemeinsame Kampf der proletarischen Arbeiterschaft gegen diesen Faschismus. Nur wenn die Massen aller politischen Richtungen geschlossen auf den Plan rufen, wird die Sabotage der mit der Bourgeoisie verbundenen sozialdemokratischen Führer überwunden und der Kampf gegen die Nationalisten ernsthaft geführt werden können.

Die Gewerkschaften endgültig für Lohnderegulierung

Berlin, 5. Juli.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm gestern in einer Sitzung über die Lohnfrage eine Resolution an, in der es heißt: Der Ausschuß des ADGB empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb der Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Tage der Zahlung ist eine amtliche Mehziiffer einzuführen, die die Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Mehziiffer muß wöchentlich festgesetzt und möglichst kurz vor dem Lohnzahltag im ganzen Reich veröffentlicht werden. Die Anwendung der amtlichen Mehziiffer auf die Erhöhung der Löhne ist möglichst durch zivile Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuß die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.

Diese Erklärung des ADGB bedeutet die glatte Kapitulation vor den Forderungen der Unternehmer und der Reichsregierung. In der gleichen Sitzung nahm der Bundesausschuß eine scharfe Erklärung gegen die Sabotageakte im Ruhrgebiet an und fordert von der deutschen Regierung die energische Bestrafung aller Schuldigen.

Streit im Baugewerbe

Berlin, 5. Juli.

Besetzungen haben auch die Mitglieder des Baugewerksverbandes mit überwiegender Mehrheit den Streik beschlossen. Der Streik gilt nicht für Betriebe, die 9500 Mark Stundenlohn vom 5. Juli angenommen haben.

Mit blanker Waffe druff

Bei einer Parolenausgabe in der Hamburger Orpo nach der Demonstration der Kommunisten am Pfingsttage anschließend des Internationalen Sozialistenkongresses wurde u. a. auch der folgende Satz verlesen:

Bei der letzten Demonstration der Kommunisten wurden von jungen Leuten Revolver getragen. Der Chef der Orpo befehlte, daß jede Demonstration dieser Art gleich mit blanker Waffe auseinandergetrieben werden soll.

Benädelte Spindel sollen sich unter die Demonstranten mischen, Revolver zeigen, Zusammenstöße provozieren, um der Orpo Gelegenheit zum Angriff mit blanker Waffe zu geben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses Rezept schon am kommenden Sonntag bei einer Demonstration der Hamburger Erwerbslosen Anwendung finden.

Dieselben erbärmlichen Methoden der Antifaschisten werden im wilhelminischen Deutschland an der Tagesordnung waren, finden Anwendung auch in der freien Republik Hamburg von einer Truppe, die einem Arbeitervertreter, einem Sozialdemokraten, untersteht.

land an der Tagesordnung waren, finden Anwendung auch in der freien Republik Hamburg von einer Truppe, die einem Arbeitervertreter, einem Sozialdemokraten, untersteht.

Hände weg vom Ruhrgebiet!

Die „Humanität“ zum englisch-französischen Konflikt

Die „Humanität“ veröffentlicht einen wichtigen Artikel über den englisch-französischen Konflikt. Unsere französischen Genossen erklären, daß trotz der Gegenläufigkeit der zwischen England und Frankreich bestehenden, die französische und englische Bourgeoisie sich immer zu verbünden wissen wird, um die Besiegten auszuplündern.

„Morgen“, sagt der Artikel, „wird Frankreich den Erzeugnissen Englands nachgeben und es wird sich ein englisch-französischer Konzern bilden, um das Ruhrgebiet auszubeuten, und unser „Hüttenkomitee“ wird mit Stimmes über-einkommen. Das Opfer wird immer das gleiche sein; nämlich: das deutsche Volk. Die französischen Kommunisten erklären: Wir sind auf Seite des deutschen Proletariats gegen die Plünderer, die sich am Proletariat bereichern wollen.“ Hände weg vom Ruhrgebiet!

„Nationalkommunismus“

Vor einigen Tagen veröffentlichte der „Vorwärts“ nebeneinander zwei Meldungen: eine Meldung aus London über den Widerspruch, den die neuen englischen Luftflottillenrüstungen im Kongress der Labour Party hervorgerufen haben (dieser Kongress hat es übrigens abgelehnt, gegen den Militäretat grundsätzlich zu stimmen) und ein Telegramm aus Moskau über den Bau von Luftschiffen unter aktiver Teilnahme der Arbeiterorganisationen. Und das wieder: Diast Ichor triumphierend aus: da habt ihr es, hier die umschmeißigen, prinzipienfesten Antimilitaristen! — Dort die roten Militaristen, die Kriegshilfen!

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß jedem Arbeiter der Unterschied ohne weiteres einleuchtet: die russischen Arbeiter wollen ihr proletarisches Vaterland gegen den Imperialismus der bürgerlichen Staaten und gegen die Konterrevolution verteidigen, die englischer Machthaber wollen die halbe Welt unterwerfen und ausbeuten und ihre eigene Arbeiterhaft im Joch behalten. Was eine ist gut, das andere schlecht. Gut ist — vom Standpunkt des Arbeiters —, wenn der Arbeiter sich beteiligt, wenn notwendig mit den Waffen in der Hand, schlecht ist es, wenn die Bourgeoisie den Arbeiter mit Wassengewalt niederschlägt.

Nun widmet der „Vorwärts“ dem gleichen Thema, in anderer Einleitung, einen langen Leitartikel: „Nationalkommunismus“. Die deutschen Kommunisten seien seit einer gewissen Zeit — seit dem Einbruch der französischen imperialistischen Banditen in das Ruhrgebiet — „national“, und zwar sind sie — auf „Befehl aus Moskau“. Moskau möchte nämlich neue Kriege in Europa provozieren. Dagegen prädigt die Sozialdemokratie „Beruhigung und Verrückung Europas“.

Wir sagen: der Sieg der Ententemächten, ob Franzosen, ob Engländer, wird zur Unterjochung und Verblutung des deutschen Volkes auf Generationen hindurchführen. Das deutsche Kapital wird zum Verbündeten und Werkzeug des Siegers werden und ein Regime sozialer und politischer Knechtung der deutschen Arbeiterschaft errichten. Dagegen gibt es nur eine Wehr: die deutsche Arbeiterschaft muß das Schicksal ihres Volkes in eigene Hände nehmen, die Stimmlose vom Staat rüber weglegen, ihre Reichthümer erfassen. Dann wird das neue Deutschland, das Arbeiterdeutschland, mit den Ententemächten verhandeln und sich mit ganz anderen Mitteln als die vorige, verblödete Bourgeoisie gegen ihre Götze wehren. Es wird auch mächtige Verbündete in diesem Kampfe finden. Nicht nur Sowjetrußland, sondern vor allem die französische und englische Arbeiterklasse. Zweifelst denn der „Vorwärts“, daß die Sozialdemokratie und Baldwin in ihren eigenen Ländern auf ganz andere Bündnisse stoßen werden, wenn sie nicht eine Sam-Gitana-Regierung, sondern eine deutsche Arbeiterregierung gegenüberfinden?

Die reaktionäre Regierung in Polen

Von L. Domski (Warschau)

Wenn die Faschisten in Ungarn, in Italien, zuletzt in Bulgarien auf dem Wege des gewalttätigen Umsturzes zur Macht kamen, so können sie sich in Polen rühmen, ihre Macht auf legal-parlamentarische Weise begründet zu haben. Die November-Wahlen des vorigen Jahres haben das Schicksal der polnischen „Demokratie“ besiegelt. Sie vernichteten die Zentrumsgruppen der Intellektuellen, auf die sich Pilsudski stützte und machten die Vorkämpfer der Parteien der nationalen Minderheiten abhängig, die in den neuen Sejm als die große Kraft einzogen.

Es war aber vom ersten Tage an klar, daß die Regierung der Linken und des großbäuerlichen Zentrums, die Sikorski-Regierung, sich nicht lange auf die nationalen Minderheiten würde stützen können. Dazu sind unsere „Demokraten“ selbst zu nationalistisch und besonders antisemitisch gesinnt, und der moralische Terror der Rechten, die die Regierung Sikorskis für „die jüdische Regierung“ erklärten, jagte den Linken vollends die Angst in die Knochen. So „mußte“ die Sikorski-Regierung um sich in den Augen der Wähler reinzuwaschen, die nationalistischen und ukrainischen Separatisten verfolgen, und so wurde sie schließlich am 26. Mai im Sejm mit Hilfe der nationalen Minderheiten gestürzt.

Der englischen Demokratie folgt jetzt die nicht weniger englische Reaktion. Die Witos-Regierung, in der die faschistischen Elemente vorwiegen, ist auf dem parlamentarischen Boden nicht viel stärker als die frühere Sikorski-Regierung. Sie muß die Interessen der Großgrundbesitzer mit denen der Bauern vereinen, und sie darf in ihrem Dienste für die Kapitalinteressen nicht so weit gehen, die Nationale Arbeiterpartei von sich zu stoßen. Die Folge dieser widerspruchsvollen Lage ist, daß einerseits die unsterblichen Elemente der Christlich-Nationalen Partei an der Regierung des schlauen Bauern Witos nicht direkt teilnehmen und sie nur mit Vorbehalt unterstützen, daß andererseits ein Teil der Witos-Partei sich unter der Führung Domskis abgespalten hat und die Nationale Arbeiterpartei auch nur mit halbem Herzen bei der Regierung steht, da ihre Führer in ihren eigenen Reihen mit einer starken Opposition zu kämpfen haben, die sich jedem Zusammengehen mit der unerbittlichen Reaktion widersetzt. So steht die Witos-Regierung parlamentarisch auf sehr schwachen Füßen.

Daher geht die rechte Regierung zunächst noch unsichtiger vor als die linke. Der glanzvolle Witos drückte sich in seinem Exposé um jedes klare Programm und sorgte mit demokratischen Versprechungen ebensowenig wie seine demokratischen Vorgänger. Dabei war er viel weniger antisemitisch als der rote General Sikorski.

Auch die nationalistischen Kabinettsmitglieder haben sich bisher gehütet, sich nach außen offen erkennen zu lassen. Und der berühmte Smowski, der starke Mann der Nationaldemokratie, der sich bisher absichtlich jeder politischen Tätigkeit an untergeordneten Stellen enthielt, um gleich als Premierminister oder wenigstens als Außenminister in der Arena zu erscheinen, war in seiner Rede, durch die er sich kürzlich in Polen der Öffentlichkeit wieder in Erinnerung brachte, so zahnlos, daß selbst die jüdische Presse seinem staatsmännlichen Geschick Beifall zollen mußte.

Charakteristisch sind auch die Bemühungen, die Witos machte, um Pilsudski bei der Chance zu haben. Man verlegte mit allen Kräften

ihn als Generalschachsel vom Rücktritt abzubringen. Aber Willudak ist ebenso wie Erwin viel zu ehrgeizig, um irgendwo die dritte Weige spielen zu wollen und lehnte es ab, unter dem Kabinett seiner Gelinde dienstlich tätig zu sein. Doch konnte Willudak ihn bewegen, dem neuen Kabinett wenigstens einen seiner Vertrauten, den General Szepthelt, als Kriegsminister zu überlassen. So will Willudak nicht alle Brücken zerstören.

Es ist klar, daß die herrschenden Klassen sich durch keine Diplomatie davon abbringen lassen werden, ihre Regierung zur Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen auszurufen. Polen hat noch viel zu viel Ueberbleibsel der Revolutionszeit, die abgebaut werden müssen. Den Anfang hat man mit dem Mieterschutz gemacht. Der Sejm verhandelt über ein neues Gesetz, nach dem der Mieterschutz in einer Reihe von Jahren wieder auf die Vorkriegshöhe gebracht werden soll. Diese Höhe war vor dem Kriege besonders in Ostpolen exorbitant und verschlang durchschnittlich ein Drittel des persönlichen Budgets eines Mieters. Was wird es heute sein, wo die Löhne weit unter dem Vorkriegsniveau stehen. Die weitere Entwicklung der Reaktion ist das numerus clausus-Gesetz, das die Zahl der nicht-polnischen Studenten in den Hochschulen prozentual beschränkt. Auch das Amnestiegesetz, das zum ersten Male ausdrücklich die Kommunisten vom Straflos ausließt, trägt deutliche Züge der reaktionären Herrschaft. Der Faschismus soll sein Programm nur allmählich ab, aber schließlich kommt er doch zum Ziel. Und er braucht sich um so weniger zu kümmern, als die Demokratie mit Einschluß des Sozialpatriotismus ein ganz gewöhnliches Maß von Feigheit an den Tag legt.

Als Willudak seine Kandidatur als Staatspräsident ablehnte, war sein Vize schon aus dem Rücktritt von der Stellung als Staatschef und sein Austritt aus der Armee bezeugen nur seinen Bankrott. Der untergeordnete Ritter der „Demokratie“ kapitulierte kampflös vor der Reaktion. Er liegt am Boden und wird sich nicht mehr erheben.

Freilich zeigten sich auch die Reaktionen nichts weniger als todernühtig. Die faschistische Bombenattentate in Krakau, Warschau, Lodz, die der Konstituierung des Wioslabinetts vorausgingen, zeigten eben so sehr von Kohheit wie von Feigheit ihrer Urheber. Aber mit der Zeit werden die sich strafflos herumtummelnden Schlingenschnungen schon müdter werden. Es geht doch nichts über die Strafflosigkeit. Wird der Faschismus einmal fühlen, daß seine Gegner ihre Waffen strecken, so wird er auch dem Beinamen des Parlamentarismus an den Krügen gehen. Und die polnischen Mussolinis, die bis jetzt nur auf dem Papier ihren italienischen Meister nachahmen, werden zur Tat übergehen. Wird die polnische Arbeiterklasse dann den Kampf mit dem Faschismus aufnehmen, so wird sie die sozialdemokratischen Führer sicher nicht in ihren Reihen finden.

Warum sie feiern

Ueber 11, wo heute die abgedankten „Spitzen“ Willudaks wieder oben auf sind, nehmen sie Schlageritz Schießung zum Anlaß „patriotischer Feiern“ mit Fadeln, niederdänischen Samenspei, Deutschland-Kummel, schlingenden Samen und pochenen Symphonien. Schlageritz ging für das Nichts in den Tod, Schlageritz wurde nicht, daß er nur Anlaß ist die deutsche Arbeiterklasse zu schlagern und seine Sabotageakte, sobald ein Geschäft damit zu machen ist. Die Monarchisten machen ein solches Geschäft, ihr Weizen blüht und steigt mit dem Polruss. Hinter der vorläufigeren nationalen Ermer um Schlageritz verbirgt sich nichts anderes als das Verlangen, alle Mittel zu beschaffen die äußerste Reaktion wieder heraufzuführen und das Proletariat den Grenzen der weißen Banden auszuliefern. Diejenigen, die Schlageritz feiern, meinen zu wissen das Erbariat und wollen ihm an den Hals. Deshalb Schlageritz mit den Schlageritzern, sie sind nicht anders als Truppenbewegungen der weißen Garde.

Mussolini mordet, verhaftet, tötet weiter

In Reggio Emilia wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Arbeitern ein Arbeiter getötet. Mehrere Arbeiterkammern und Konsumvereine wurden zerstört und in Brand gesteckt. — In Parma wurden 150 Arbeiter verhaftet. Die Vorgeschichte der Verhaftungen war ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten anlässlich der Begräbnisse eines von Faschisten ermordeten Arbeiters.

Streiks und Zusammenstöße in England

REB. London 4. Juli. Gestern abend kam es in Bittern (Somerset), anlässlich eines Erwerbsstreiks zu Zusammenstößen zwischen Auswärtigen und der Polizei. Hierbei wurden 20 Polizeimänner und 60 Streikpersonen verletzt. Der wilde Sozialarbeiterstreik hat sich weiter ausgebreitet. Im ganzen sind 30000 Mann ausständig, davon 14000 in Somerset.

Der englisch-französische Luftflottenwettbewerb

Es ist kein Zufall, daß die gewaltige Verstärkung der englischen Luftstreitmächte gerade in diesen Tagen von Baldwin im Unterhause zur Sprache gebracht wurde. Die englisch-französische Verständigung in der Reparations- und Ruhrfrage verwickelt sich von Woche zu Woche nicht nur infolge der belgischen Ministerkrisis, die auch nicht ohne Zutun Englands ausgebrochen ist. England bleibt während dieser Zeit durchaus nicht untätig: es unternimmt vielmehr alles, um diese Verständigung nicht auf der französischen Seite, sondern näher der englischen Seite zustande zu bringen. Es legte Frankreich eine Reihe von schriftlichen, ziemlich inquisitorischen Fragen vor und besteht auf ihrer schriftlichen Beantwortung. Es verstärkte die Beeinflussung Belgiens und Italiens. Es drängte auf Beschleunigung der Langer-Konferenz, die gestern in London zusammengetreten ist. Es veranlaßte die Veröffentlichung des Dizard-Porten-Vertrages, der Frankreichs politische Maschinen in Rheinland enthält. Es steht wahrscheinlich auch der Abfassung des päpstlichen Briefes nicht fern. Endlich verkündete es die Vermehrung seiner Luftflotte, was einen offensichtlichen Vorstoß gegen die militärische Vorherrschaft Frankreichs bedeutet.

Bereits Mitte März erregten die Mitteilungen, die der englische Luftfahrtminister im Unterhause über die französische Überlegenheit in der Luft machte, ein großes Aufsehen in der englischen öffentlichen Meinung. Die Luftstreitmächte Frankreichs und Großbritanniens verhielten sich damals wie 4 zu 1. Im November 1918 habe Frankreich 3500 Maschinen im Dienst gehabt, jetzt habe es noch 1280, wogegen Großbritannien von 3300 nur noch 371 besitzt. Zweidrittel der britischen Maschinen befinden sich aber in überseeischen Wärdern, drei Viertel der französischen in Frankreich selbst. Im Jahre 1925 würde Frankreich über 2180 Flugzeuge verfügen, England über nur 552. Am 27. Juni erscheint nun Baldwin im Unterhause und teilt das Programm der Luftflottenvermehrung mit: er verlangt die Verstärkung der Luftstreitmacht zur Verteidigung des Mutterlandes um 34 Geschwader.

In der Begründung dieser Forderung bemerkte Baldwin kurz, es handle sich um die Schaffung einer „Verteidigungsflotte zum Schutze der Heimat, die genügend stark sei, um England ausreichend gegen Luftangriffe der stärksten Luftstreitmacht, die England erreichen kann, zu schützen“. Das hieß also mit dem ausgestreckten Finger, in brutaler Art, auf Frankreich hinzuweisen.

Man täusche sich nicht: ein englisch-französischer Krieg, ja ein englisch-französischer Druck ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Beide Großmächte sind aufeinander weltpolitisch angewiesen, wie überhaupt die gesamte Entente trotz aller inneren Interessengegenstände über eine viel größere Festigkeit verfügt, als es scheinen könnte. Nur will England die Hegemonie Frankreichs mit seiner ganzen gewaltigen Macht einschränken, es will ihr auf allen Gebieten Gegengewichte entgegenstellen.

Im Augenblick handelt es sich darum, durch welche Methoden die Reparations- und Ruhrfrage gelöst werden wird, wie und zu welchen Gunsten Deutschland jahrelang ausgebeutet werden wird. Der englische Standpunkt ist vor einigen Tagen (am 23. Juni) in den halbamtlichen „Times“ mit voller Klarheit dargelegt worden und Baldwin wird während seiner weiteren Auseinandersetzungen an ihm festhalten. Es heißt darin: „Unter diesen Umständen kann die britische Regierung nicht die schwächliche und unaufrichtige Seite machen, indem es Deutschland auffordert, den passiven Widerstand aufzugeben. Nur Frankreich kann dem deutschen Widerstand ein Ende bereiten, indem es nämlich anerkennt, daß die Fortsetzung des Besatzes, eine wirtschaftliche Lösung durch Gewalt herbeizuführen, nicht nur trügerisch ist, sondern ernste Gefahren für Europa und

Frankreich selbst in sich birgt. Es kann keine ernste Erwägung der Reparationen geben, bis der Ruhrstreik erst aufgehört. Er kann nur aufhören, wenn beide Seiten ihre Waffen niederlegen. Deutschland ist gebrochen. Es liegt in der Hand Frankreichs, die Großmut des Siegers zu zeigen.“

England will also vor Frankreich nicht kapitulieren und wird aller Voraussicht nach nicht kapitulieren. Es kann warten.

Aber Frankreich will ebenfalls nicht nachgeben. Poincare, der der Gefangene derjenigen ist, deren Zuliebe er sich in das Ruhrgebiet stürzte — des „Comité des Forges“ und des nationalistischen Kleinbürgertums — erklärte noch am 30. Juni, in der Nachsitzung des Senats, der ihm wieder einmal 307 Millionen Franken für die Ruhrkredite bewilligte: „Ich kenne nur Frankreich und die Republik. Ich werde Deutschlands Vorschläge nicht prüfen, ehe der Widerstand eingestellt ist.“

Er kann anscheinend auch warten. Ueber lang oder kurz werden sich die beiden siegreichen Rivalen auf irgendeiner mittleren Linie verständigen.

Was für einem Deutschland werden sie dann aber ihr gemeinsames Diktat vorlegen? Dem Deutschland von Stinnes? Oder dem proletarischen Deutschland, an dessen Ruder eine Arbeiterregierung stehen wird?

Höllein spricht

Sonntag, den 8. Juli, früh 10 Uhr in Breslau im Schieferwerder
Montag, den 9. Juli, abds. 7 Uhr Waldenburg, Schwerdtfahl
Dienstag, 10. Juli, abds. 7 Uhr, in Gleiwitz im Güttengasthaus
Mittwoch, 11. Juli, abends 7 Uhr, in Hindenburg im Saale von Roth, Paulstraße.

Im Winter gehen wir alle barfuß!

Der Verband der selbständigen Schuhmacher in Berlin gibt folgende Richtsätze für Schuhwaren und Reparaturen, gültig ab 30. Juni, bekannt:

Herren-Sohlen und -Absätze genäht	98 832 Mt.
„ „ „ „ genagelt	bis 103 349 „
„ „ „ „ genagelt	80 895 „
„ „ „ „ „ „ „ „	bis 89 412 „
Knaben-Sohlen und -Absätze genäht	79 140 „
„ „ „ „ „ „ „ „	bis 88 157 „
Kinder-Sohlen und Absätze genäht	86 584 „
„ „ „ „ „ „ „ „	bis 48 587 „
Neue Herren- u. Damenstiefel von 785 000 Mt. an	
Herrn- u. Damen-Verfüße bis 397 500 Mt.	

Selbst wenn sich die Fabrikstiefel etwas billiger stellen, ist die Frage nach diesen Preisen berechtigt: wer kann sich noch Schuhe kaufen oder reparieren lassen? Die Proleten gewiß nicht. — Diesen Preisen gegenüber gibt es nur eine Antwort: Friedensreallohn.

Kampfstimmung in Ostpreußen

Der Landarbeiterstreik in Ostpreußen geht mit unermüdlicher Stärke weiter. Der Streik ist zwar vom DRB offiziell anerkannt, wird aber fast nicht unterstützt. Es geschieht nichts, um den Versuch von Zeno und Schupo, bewaffneten Faschistenwehren und Verbänden, der Streik niederzuknallen, zu steuern. Durch diese Passivität des DRB besteht die ernste Gefahr, daß die Front der Streikenden gesplittet wird.

Die ostpreussischen Eisenbahner haben schon mehrfach in der letzten Zeit zur Zenuung Stellung genommen und radikale Maßnahmen dagegen von den Gewerkschaften verlangt. Am letzten Freitag fand in Marienburg eine Mitgliederversammlung der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

statt, in der festgelegt wurde, daß der Streik eine Kampfstimmung des Hauptvorstandes gelte. Es wurden ultimative Schritte den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gegenüber der Reichsregierung, die offen die Sabotage des Unternehmertums unterstützt, verlangt. In einer zweiten Resolution wurden wirtschaftliche und politische Forderungen gestellt, u. a.:

- Sofortige Auszahlung einer Zeuerungszulage von 300 000 Mark.
- Entlassung der Pogrombege gegen die Kommunisten.
- Anerkennung des proletarischen Selbstschutzes und der Kontrollausschüsse durch die Behörden.
- Unterstützung durch die Gewerkschaften.
- Ablehnung der großen Koalition, Austritt der Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft.
- Mobilisierung der organisierten Arbeiter zur Erkämpfung der Arbeiterregierung.

Der 20. Genossenschaftstag

Der diesjährige Genossenschaftstag des „Generalverbandes deutscher Konsumvereine“ brachte die proletarische Opposition wieder ein Stück vorwärts. Zwar waren von den 653 Delegierten dank des Fehlens jeder Demokratie in der Bewegung nur 30 Kommunisten, aber die Zahl der Sympathisierenden und der aktiven Opposition ist stark gewachsen. Der erste Tag brachte die üblichen Begrüßungsprühe von Behörden und bestreuten Organisationen, sowie das übliche Gehebe des Herrlers Euguschbill, der sich immer noch als Vertreter der georgischen Genossenschaften aufspielt. Seine Preislerklärung der Kommunisten wurde vom Präsidium verhindert. Den Verhandlungsbericht erstatteten Kaufmann und Bästlein. Weder im „Kampf“ gegen die Umsatzsteuer noch in der Kartellwirtschaft ist etwas zu erreichen gewesen. Das beantragte Programm des Genossen Mittel (Welfenfeld) wurde abgelehnt. In seiner Reichstagsrede wies er darauf hin, daß die Verhältnisse ein erschütterndes Bild einer Genossenschaftspolitik gegeben hätten, die mit unzulänglichen und untauglichen Mitteln arbeite. Es gibt heute nur eine Möglichkeit: die Umstellung der Genossenschaftspolitik auf den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse. Wegen die vorgelagte Resolution des Vorstandes wurde eine Resolution eingebracht, in der es heißt:

Der 20. Genossenschaftstag beauftragt den Zentralverband, der Millionen proletarischer Mitglieder umfasst, die im schwersten Kampf gegen den Hunger stehen, mit aller Energie eine klassenbewußte proletarische Wirtschaft- und Steuerpolitik zu treiben, Fortschritt mit dem Hülfslosen Wüchser und der Ausbeutung der Werktätigen durch die herrschende Klasse. Schärfer Klassenkampf, um die Produktion unter die Kontrolle der Arbeiterklasse zu stellen und die Gebrauchsgüterverteilung in die Hände der Konsumvereine zu nehmen! Fort mit allen Verbrauchssteuern und der infamen Umsatzsteuer und dafür Erstattung der Sachwerte!

Der 20. Genossenschaftstag muß außerordentliche Maßnahmen beschließen, damit die Genossenschaftsbewegung mit kräftiger Hand in den Hungerkampf der Werktätigen eingreift. In diesem Moment der sich wacker holdenden Zeuerungsarbeiten kommt es darauf an, alle Kräfte zusammenzufassen, um die einheitlich organisierte Front der proletarischen Selbsthilfe um ein staatliches Machtzentrum (Arbeiterregierung) durchzusetzen.

Der 20. Genossenschaftstag stellt sich grundsätzlich auf den Boden der Stuttgarter Forderungen des DRB und wendet sich an die DSWB, die RDB, den DRB, die MA und den Reichsausschuß der Betriebsräte, damit sofort die gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse im Sinne des Stuttgarter Kampfrufs eingeleitet wird. Außenpolitisch ist jetzt die Dringlichkeit des Kapallbertrages, wobei die Genossenschaften die Initiative zu ergreifen haben, als einzige Verteidigungsmöglichkeit gegen die Entente notwendig. Für das Proletariat Deutschlands ist ein wirtschaftliches und politisches Bündnis mit Sowjet-Rußland die einzige Rettung.

Gen. Oberbürger (Köln) wandte sich schärf gegen die Arbeitergenossenschaftspolitik der Genossenschaften, sowie gegen die unzulänglichen Kampfsmittel und besond. daß die DSWB sich erst ändern nach Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft, gegen die die Genossenschaften einen energiegelben Kampf führen müßten. In keinem Schlüsselwort wandte sich Kaufmann (Hamburg) gegen die „kraftgemaltige Pose“ der Kommunisten. Auf dem Boden des Stuttgarter Aufrufs könne man sich nicht stellen, da ihm niemand könne. Die Konsequenz der kommunistischen Politik sei Klassenkampf und Bürgerkrieg, Genossenschaft aber sei Friede.

Die kommunistische Entschließung wurde gegen 30 Stimmen abgelehnt. (Fortsetzung folgt.)

Faschistische Gewerkschaften. Der Internationale Transportarbeiterverband, Sitz Amsterdam, gibt bekannt, daß der Verband der italienischen Seeleute aus dem internationalen Transportarbeiterverband ausgeschlossen wurde, da er in Beziehungen zu den Faschisten getreten sei. Wegen dieses Beschlusses kann der Verband italienischer Seeleute erst vor dem nächsten Kongress Belgardere stehen.

Zeter und Mordio



schreien das Kapital und die von ihm bestochene Presse vom Schlage des „Generalanzeiger“, „Wanderer“ usw. über die schrecklichen Kommunisten, deren Anhängererschaft täglich wächst. Das muß auch so sein, sonst wären wir nicht auf dem richtigen Wege als Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Finanziert das Blatt der Arbeiterklasse, die

„Schles. Arbeiter-Zeitung“

Landarbeiterbewegung haben keine Herrschaften un-gehindert gegen die Landarbeiter handeln dürfen. Keine Beschwerde hat ihnen ein Haus verweigert. Seht nicht die Organisation, von denen Juden und Dörschungen man also Kenntnis hatte, verboten und aufgelöst. Das ist natürlich nur eine Behauptung. Es bleibt abzuwarten, unter welchem neuen Namen sich dieses Volk wieder zusammenschließt. Diese Herrschaften scheitern doch auf alle Fälle.

Waldberg (Wald).

Die Werkbewegung brachte auch hier in unserer Ort zwei neue Mitglieder und zwei Vertretungen. Die in dieser Zeit von der Ortsgruppe veranstaltete Hausbesuche für die Parteimitglieder brachte 37 100 Mk. So geht auch in unserer Ort die Bewegung immer weiter vor sich. Wir hoffen, daß wir in dieser Woche noch einige Klassenbewußte Arbeiter in unsere Partei aufnehmen können.

Am Sonntag, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im Parteisaal eine außerordentliche Mitgliederbesprechung statt, welche sich mit der Feststellung der Liste für die bevorstehende Gemeinderatswahl befaßt.

Aufßerdem noch wichtige Fragen über den am 4. August geplanten Massenstreik zu besprechen hat. Aller Genossen und Genossinnen Wille ist es, in dieser Besprechung zu erscheinen. Vor allen Dingen die Genossen aus Schreibauf.

Waldberg.

Achtung! Oberes Revier (Waldenburg). Am Sonntag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, findet in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald die Vorstandssitzung statt. Wille aller Genossen ist es, rege Propaganda dafür zu entfalten und dafür zu sorgen, daß das Volk bis zum letzten Pfennig gefüllt ist. Es ist jedem Genossen mitgegeben, sich diese Botenfragen anzueignen, um am 3. Sonntag tritt und der Preis für die Eintrittskarte ziemlich niedrig ist. Alle Frage für Waldenburg.

Außerdem findet Sonntag, den 8. Juli, eine Kundgebung der Partei um 3 Uhr in der „Guten Kunde“ statt, an der alle Parteifunktionäre von Waldberg erscheinen müssen.

Waldberg.

Waldberg.

Weltliche Schule. Nach langer Mühe und Arbeit sind die Vorbereitungen zur Eröffnung einer weltlichen Schule in Waldberg-Althaus von der Freien Arbeiterbewegung zum Teil beendet und die weltliche Schule gestiftet. Nach sind aber einzelne Schwierigkeiten und Mängel zu beseitigen. Dazu ist es notwendig, daß sich die gesamte freidenkende Elternschaft von Waldberg daran beteiligt, da bis jetzt nur die von Religionsunterricht befreiten Kinder dazu angemeldet sind. Alle anderen Eltern, welche

gewillt sind, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken, müssen dieses bald nachholen, da mit uns bald mit einem 6-Klassigen System beginnen können; denn je mehr Kinder, desto mehr Klassen und Fortschritte in der Schulbildung. Wir bitten daher sämtliche Eltern, welche sich in die Sammelliste haben eintragen lassen, unsere Versammlung zu besuchen, welche am Sonntag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, im „Herrnswald“ stattfindet, wo das Nähere bekannt gegeben wird. Auf, zur letzten Arbeit, zum Wohle unserer Kinder!

Waldberg.

Singulärer Erfolg. In einer öffentlichen Volksversammlung, welche am Sonnabend, den 30. Juni, im Berliner Hof (Hirschberg) stattfand, sprach die Genossin Emma Reicher (Waldberg) über das Thema „Das Verbot der Strafen“. Sie schilderte die wirtschaftliche Not der breiten Masse, sowie den Bankrott der Regierungsums und die Haltung der SPD. in dieser Regierung. Sie zeigte, daß die arbeitende Masse, Arbeiter und Angestellte, die meisten Steuern aufbringen müssen und die bestehende Klasse zum großen Teil leer ausgeht. Maßnahmen werden vom Parlament bewilligt, zu dem Verbot steht keine Verantwortung zu erhalten und was zu bauen, damit die bürgerliche Gesellschaft sich den Herrenschicht begeben kann, wo hingegen zur Bekämpfung der Überkaufe, Kindersterblichkeit und Mütterkühn nur Millionen übrig sind. Genossin Reicher wandte sich vor allen Dingen an die Frauen, entwarnte die Bürgerischen und die Sozialdemokraten. Graushaft schilderte die Reaktionen die Art der Proletarier. Unterstehen der Arbeit ist die Mutter in ihre Ausfühungen. In der Diskussion sprachen SPD-Genossen. Die Versammlungsteilnehmer waren mit den Ausführungen der Genossin Reicher sehr zufrieden, und die Ortsgruppe hatte einen großen Erfolg zu buchen. Ueber zehn Teilnehmer wurden am selben Abend vorgenommen sowie 15 Abonnenten gewonnen. Eine Zeitsammlung ergab den Betrag von 4725 Mark.

Waldberg.

Mitgliederbesprechung. In der Versammlung am 25. Juni gab der Vorsitzende Bericht vom Sechser-Ausschuß. In dieser Sitzung brachten die Hausbesitzer ihre Wünsche vor. Sie wollten um 50 Prozent höhere Mieten festsetzen als in Reichenbach und hatten auch in Erwägung gezogen, die Zahlung der Miete in Goldwährung zu verlangen. Daraufhin wurde ihnen von den Vertretern der Mieter erklärt, daß wenn Arbeiter und Beamte ihre Miete und Gehälter in Goldwährung erhalten auch sie nicht zurückweichen sollten. Die Sitzung leitete und die Gemeinderatswahl wurde beauftragt, dringende Richtlinien herauszu-

geben. Außerdem wird bei der Regierung in Breslau Protest erhoben werden gegen die höheren Forderungen der Hausbesitzer; denn wir leben nicht ein, warum wir in Langenbalsau höhere Mieten bezahlen sollen, als Reichenbach.

Ferner hielt Lehrer Jensch einen Vortrag über Reformen. Er schilderte das Wohnungsleben und den Wucher, der mit Grund und Boden getrieben wird, andererseits aber 12 Millionen Morgen Land unbebaut liegen läßt. Welche Schwierigkeit ist der Wohnungsbeschaffung getrieben wird, geht daraus hervor, daß der Deutscherapparat die einwohnenden Massen schon ganz allein beschützt. Der Vorstand beauftragte einen Antrag auf Vertretungsbewegung. Es entstand darüber eine rege Debatte. Aus der Versammlung jedoch kam der Antrag, 1500 Mk. vierteljährlich und 100 Mark Aufnahmepfand zu verlangen. Für Vertreter bleiben die alten Sätze bestehen, nur erhöht sich die Zahlung. Unter Punkt „Beschwerden“ benannte die Kollegin Berger die Frechheit eines Hausbesitzer Kuhlweil (Waldberg). Nicht zu vergessen sei die an dieser Stelle schon mehrfach genannte Frau Jensch, Wesselsstraße 81. Sodann wurde für den Kollegen Jarger, der das Land in der Wohnungsbeschaffung verläßt, die Kollegen Berger und Galle geehrt.

Aus der Partei. Am 27. Juni, findet bei Unter eine gut besuchte Mitgliederbesprechung statt, der auch Genosse Jensch von der Zentrale beizuwohnt. In dem ersten Punkte der Tagesordnung „Kommunales“, der längere Zeit in Anspruch nahm, wurde ein gutes Stück politische Arbeit geleistet. Ferner wurde beschlossen, die für den 1. Juli anberaumte Arbeiter-Vollversammlung trotz aller Sabotage der Reformisten stattfinden zu lassen. Wenn wir auchzugeben, daß Kontrollausschüsse mit dem wirksam sein können, wenn sie von der breiten Masse der Arbeiter gewählt werden, so vermögen wir aber doch nicht länger mehr zuzusehen, wie die Vermissen der Armen hilflos dem schamlosesten Wucher preisgegeben sind. Wir wissen genau, daß diese Einrichtung erst einige Erfolge erzieltigt, so werden die Arbeiter aller Parteifirstungen nicht zögern, das neue Unternehmen zu unterstützen, und sei es auch gegen den Willen ihrer in bürgerlichen Fahrwasser schwimmenden Führer.

Die Werkbewegung hat bereits gute Ergebnisse zu verzeichnen. Ein Genosse brachte der Partei sechs ein anderer neun Zeitungsabonnenten. Es ist die vornehmste Pflicht aller Genossen, sich reiflich in den Dienst ihrer Sache zu stellen. Des weiteren wurde eine umfassende Landagitation vorgesehen.

Der Vorsitzende, Genosse Reichel, gab in längeren Ausführungen ein Bild des Landarbeiterlebens. Er streifte die Ereignisse in

Waldberg und zeigte, welche traurige Rolle in dieser Angelegenheit der von der SPD. noch immer geführte Landrat gespielt hat. Empörende Vorfälle haben sich auch in Waldberg ereignet. Aber überall haben unsere Genossen den kämpfenden Landarbeitern gegenüber ihre Wille getan. Bezeichnend ist, daß erst jetzt, nachdem der Streit schon fast gesamtangebrochen ist, sich die Herren vom Zentralverband endlich dazu aufgerafft haben, ihrerseits einen kleinen Betrag zur Unterstützung herzugeben. In kurzen, klaren Worten gab der antwortende Genosse Jensch noch vorzügliche Richtlinien für eine erfolgreiche Landagitation. Unter „Beschwerden“ wurde darauf hingewiesen, daß der Vorstand für die weltliche Gemeinderatswahl mehr Verantwortung als bisher geschuldet werden soll. Ferner wurden die Genossen aufgefordert, eine rege Propaganda zu entfalten für den Sonntag, den 8. Juli stattfindenden Plakatortrag. Der Uebertrag dieser Veranstaltung bleibt bekanntlich einem Fond zur Beschaffung eines besseren Kinderlebens in Waldberg.

Waldberg.

Sassischen heimgekehrt. Am Sonntag, den 30. Juni, fand abermals hier eine öffentliche Versammlung der Deutsch-Sozialen Partei statt. Als Referent erschien ein Landarbeiter Kurtz. 2 1/2 Stunden lang bemühte er sich, die Arbeiter einzufangen und die Dörschen dem Vortrage zu erweichen. Er erntete sehr viele Zustimmung.

In der Diskussion wollte man den Genossen Mai, Waldberg, nur 10 Minuten sprechen lassen. Die Versammlung aber stimmte mit 1/2 Mehrheit, daß Genosse Mai länger sprechen soll. Genosse Mai rief dem Referenten die Worte vom Gesicht und ging mit dem Ziel der Parteifirstungen zu Gericht. Wille sich nicht abwarten, er müsse noch fort. Damit bezog er keine Teil. Um 12 Uhr nachts geht kein Zug mehr von Waldberg, auch keine Holzbohrer, und nach der Versammlung wurde er noch gesehen. Genosse Mai vertritt die Haltung des Referenten und am Schluß erntete er reichen Beifall.

Obwohl die Versammlung erst dem Vortrage des Referenten zustimmte, bezog er den Schluß der Versammlung das Gegenteil. Wo war denn an dem Abend die SPD-Größe Krüger aus Waldberg? Warum verließ er dort nicht seine Wille, die dort auf gemeinsamer Berufung gerufen wurde? Er kann nur Kommunisten verunglimpfen.

Waldberg.

Neuer Kämpfer. Nach einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 24. Juni in der Genossenschaft Schloffer, Jahnke, referierte schritt man zur Gründung einer Ortsgruppe Zeitungsleser waren schon vorhanden. Hoffen wir, daß sich die neue Ortsgruppe recht kräftig entwickelt zum Wohle der Landarbeiter. Wir begrüßen euch als neue Kämpfer.

Kreisleitung Waldberg.

Berichtungs-Kalender.
Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 150 Mark.

- KPD** Bezirksleitung: Büro in Halle, Dresden, Leipzig, 30. Juli 1931, 4937, Halle, 31. Juli 1931, 4937, Leipzig, 30. Juli 1931, 4937.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, vorm. 10 Uhr spricht im großen Saal des Sühnwärter-Gebäude.
 - Waldberg.** Sonntag, den 3. Juli, nachm. 3:30 Uhr, im Parteisaal in einer Fahrt nach Waldberg. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
 - Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.

Gewerkschaften

- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.

Andere Organisationen

- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.
- Waldberg.** Sonntag, den 8. Juli, abends 7:30 Uhr in der „Guten Kunde“ im Ober-Herrnswald. Etwas unterhalten.

Sohlenleder-Ausschnitt

in allen Größen u. Stärken preiswert

Gebr. Tischler

Unterbreiten Waldbergstr. 3

Waldberg, Saalstraße 32.

KAUFHAUS W. LESCHZINER

Nikolaistraße 22

GLEWITZ OS. Nikolaistraße 22

Allegrößtes Geschäfts-Haus für MANUFAKTUREN

Spezial-Abteilung: Herrenkonfektion, Schuwaren, Wäsche.

Achtung Genossen!

Anfertigung sämtlicher Herren-Garderobe nach Maß zu den billigsten Preisen. 150

W. Radlewski, Oderstr. 14, III.

Am 1. Juli eröffne ich eine 3. Verkaufsstelle

Vorwerkstraße 43

Riesen-Auswahl! Bekannt billige Preise!

TUCH-KORTE

Horrensh. Vorwerkstr. Ecke Brüderstr.

Samstag, den 8. Juli

nachm. 2 Uhr, im „Goldenen Stern“ Waldenburg, Galtensberger Straße 7

Bergarbeiter-Konferenz

— Wichtige Tagesordnung —

Daher haben zu erscheinen: Alle aus dem Bezirk Waldenburg, die funktions-sprechenden sowie die lokalen, jahresweise-leiter. Sammelort Waldenburg, Galtensberger Straße 7

Der Bezirks-Funktionäre-Vorstand

Achtung! Rettung oder Untergang

über dieses Thema spricht am Sonnabend, den 7. Juli, in einer öffentlich. Versammlung im großen Saal des „Deutschen Hauses“ Genosse Humann von der Bezirkleitung.

Arbeitsblätter und Schreibern, erscheint in Massen. Steiner darf gehen. Hört Euch an, was Euch die Kommunisten zu jagen haben.

A. P. D., Ortsgruppe Sollenhain.

Gold-Silber

Platin — Bruch, Duble

nach dem kleinste Quantitäten kauft über Reklamepreis

B. Neitzsche, Reichenstr. 47/48

Haus Waldberg